

Beschluss

Wahl

Kenntnisnahme

Vorlagen Nr. 53/004/2019

öffentlich

Fachbereich: Gesundheitsamt Verfasser/in: Andrea Pannen	Datum: 29.04.2019 Az.: 53-1 Pa
--	-----------------------------------

Beratungsfolge	Termine	Art der Entscheidung
Gesundheitsausschuss	20.05.2019	Vorberatung
Kreisausschuss	24.06.2019	Vorberatung
Kreistag	08.07.2019	Beschluss

Einrichtung eines Verhütungsmittelfonds im Kreis Mettmann

Finanzielle Auswirkung ja nein noch nicht zu übersehen
 Personelle Auswirkung ja nein noch nicht zu übersehen
 Organisatorische Auswirkung ja nein noch nicht zu übersehen
 Auswirkung auf Kennzahlen ja nein noch nicht zu übersehen

Beschlussvorschlag

1. Der Kreistag richtet beginnend ab dem Jahr 2019 einen Verhütungsmittelfonds für Frauen und Männer in besonderen psychosozialen Notlagen ein.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die „Vereinbarung zur Finanzierung und Abwicklung eines sog. Verhütungsmittelfonds im Kreis Mettmann“ (**Anlage**) mit den Schwangerschaftsberatungsstellen abzuschließen.
3. Über die Höhe des Fonds entscheidet der Kreistag jeweils im Rahmen seiner Haushaltsberatungen. Sollte der Kreistag keine weiteren Mittel zur Verfügung stellen, fällt die Aufgabe ersatzlos weg.
4. Vorbehaltlich der positiven Beschlussfassung des Kreistages werden für das Jahr 2019 insgesamt 7.500 € entsperrt.

Fachbereich: Gesundheitsamt Verfasser/in: Andrea Pannen	Datum: 29.04.2019 Az.: 53-1 Pa
--	-----------------------------------

Einrichtung eines Verhütungsmittelfonds im Kreis Mettmann

Anlass der Vorlage:

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Gesundheitsausschuss in seinen Haushaltsberatungen vom 19.11.2018 beschlossen, zusätzliche Mittel in Höhe von 15.000 Euro für einen „Verhütungsfonds“ in Ansatz zu bringen und mit einem Sperrvermerk zu versehen. An die Fachverwaltung erging der Auftrag zu prüfen, wie die Bedarfslage aus Sicht der Schwangerschaftsberatungsstellen aussieht.

Diesem Auftrag ist die Verwaltung mit der Vorlage 53/001/2019 nachgekommen. Die Recherche hatte ergeben, dass die Beratungsstellen einen großen Bedarf sehen, Mittel für die Unterstützung von Maßnahmen der Schwangerschaftsverhütung bereitzustellen.

In der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 18.02.2019 wurde die Verwaltung folglich gebeten, bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses einen Vereinbarungsentwurf vorzulegen, welcher sodann vom Kreistag in seiner Sitzung am 08.07.2019 beschlossen werden soll.

Mit dieser Vorlage legt die Verwaltung den Vereinbarungsentwurf vor, der u.a. die Bewirtschaftung des Verhütungsmittelfonds, den Leistungsumfang sowie das dazu seitens der Beratungsstellen zu berücksichtigende Verfahren beschreibt.

Drei der vier im Kreis Mettmann existierenden Beratungsstellen haben ihre Bereitschaft signalisiert, den Fonds auf Basis dieser Vereinbarung zu verwalten. Als katholische Schwangerschaftsberatungsstelle der Erzdiözese wird sich der SKFM Mettmann e.V. hingegen nicht an der Vereinbarung beteiligen können. Die Möglichkeiten des Verhütungsmittelfonds sollen jedoch in der Beratungsarbeit berücksichtigt und über das Netzwerk mit den anderen Beratungsstellen individuelle Lösungen für die vom SKFM beratenen Frauen/Männer in Notsituationen gesucht werden.

Sachverhaltsdarstellung:

Mit der anliegenden Vereinbarung greift die Verwaltung die Diskussion im Gesundheitsausschuss vom 18.02.2019 erneut auf.

Demnach sollten die Schwangerschaftsberatungsstellen mit der Zugangssteuerung und Bewilligung betraut werden.

Es sollte zudem ein schlankes, aber präzises Antrags- und Bewilligungsverfahren entwickelt werden, welches

- die Nachrangigkeit und Freiwilligkeit des Fonds unterstreicht
- den Leistungsrahmen auf Maßnahmen mit einmalig erhöhtem Kostenaufwand beschränkt (keine Produkte zur lfd./tgl. Anwendung wie z.B. Pille oder Kondom)
- die Voraussetzungen für die Hilfeleistung bzw. den Personenkreis der Leistungsberechtigten konkretisiert.

Nachrangigkeit und Freiwilligkeit

In der Präambel wird betont, dass es sich bei der Einrichtung des Fonds um eine freiwillige, nachrangige Leistung des Kreises handelt, auf die kein Rechtsanspruch besteht. Sollte der

Kreis keine weiteren Mittel mehr für diese Thematik zur Verfügung stellen, fällt die Aufgabe ersatzlos weg.

Über die Höhe des Fonds entscheidet der Kreistag jeweils im Rahmen seiner Haushaltsberatungen.

Andere Fördermöglichkeiten sind zudem vorrangig in Anspruch zu nehmen. Sollten vorrangige Leistungsträger z.B. nach SGB V oder sonstige Zuschussgeber Mittel bewilligen, so ist folglich eine Inanspruchnahme des Fonds ausgeschlossen.

Zudem ist das Budget jährlich limitiert und kann nicht aufgestockt werden. Allerdings ist ein interner Bedarfsausgleich zwischen den Beratungsstellen zulässig.

Leistungsrahmen und Voraussetzungen der Hilfeleistung

Der Leistungsrahmen und die Voraussetzungen für die Hilfeleistungen sind in § 3 der Vereinbarung geregelt:

Grundsätzlich leistungsberechtigt sind danach Frauen,

- a) ab dem 21. Lebensjahr
- b) die im Kreis Mettmann ihren Wohnsitz bzw. gewöhnlichen Aufenthalt haben
- c) bei denen im Verlauf einer intensiven Beratung durch die Schwangerschaftsberatungsstellen eine schwerwiegende *psychosoziale Notlage* festgestellt wird. (z.B. persönliche Überforderung mit Geburt und Erziehung (weiterer) Kinder, innerfamiliäre Konflikte, interkulturelle Konflikte, bereits erfolgte Schwangerschaftsabbrüche u.ä.)
- d) bei denen zum Zeitpunkt des Bedarfs für Verhütungsmittel eine tatsächliche *wirtschaftliche Notlage* vorliegt. Dies ist durch einen aktuellen Nachweis des Bezugs von existenzsichernden Leistungen zu belegen (SGB II, SGB XII, AsylbLG).

Im Einzelfall sind die v.g. Kriterien auch dann sinngemäß anzuwenden, wenn methodisch statt einer Sterilisation der Frau eine Vasektomie bei ihrem männlichen Partner vorgenommen werden soll.

Zur Bewilligung der Leistung ist ein Kurzantrag auszufüllen.

Bezuschusst werden ausschließlich die Kosten zum Einlegen eines IUP (Spirale - ärztliche Leistung incl. Sachkosten) bzw. die Kosten einer Sterilisation entsprechend der vom Arzt verordneten Methode. Die notwendigen Kosten werden in der Regel zu 100 % bezuschusst. Sollten in Einzelfällen besonders hohe Kosten anfallen, so ist eine vorherige Rücksprache mit dem Kreis erforderlich. Ggf. ist in diesen Fällen ein Eigenanteil zu leisten.

Sonstige Verfahrensdetails

§§ 4f der Vereinbarung beschreiben das Bewilligungsverfahren und erläutern die seitens der Beratungsstellen vorzunehmenden Dokumentationen. Schließlich wird festgelegt, dass nicht verbrauchte Mittel zu erstatten sind.

Die Schlussbestimmungen in § 6 legen die Vereinbarungsdauer fest, erläutern Kündigungsmöglichkeiten und enthalten die üblichen salvatorischen Klauseln.

Die Anlagen 1-3 (Kurzantrag mit Bewilligungsdokumentation, Berechtigungsschein und Muster des anonymisierten Verwendungsnachweises) sind Bestandteil der Vereinbarung.

Beschlussvorschlag

1. Der Kreistag richtet beginnend ab dem Jahr 2019 einen Verhütungsmittelfonds für Frauen und Männer in besonderen psychosozialen Notlagen ein.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die „Vereinbarung zur Finanzierung und Abwicklung eines sog. Verhütungsmittelfonds im Kreis Mettmann“ (**Anlage**) mit den Schwangerschaftsberatungsstellen abzuschließen.

3. Über die Höhe des Fonds entscheidet der Kreistag jeweils im Rahmen seiner Haushaltsberatungen. Sollte der Kreistag keine weiteren Mittel zur Verfügung stellen, fällt die Aufgabe ersatzlos weg.
4. Vorbehaltlich der positiven Beschlussfassung des Kreistages werden für das Jahr 2019 insgesamt 7.500 €* entsperrt.

* ergänzender Hinweis:

Da rückwirkend keine Kosten übernommen werden können, erfolgt eine Entsperrung in Höhe von 50 % der Mittel für das zweite Halbjahr 2019. Dies entspricht 7.500 €.

Finanzielle Auswirkungen (Angaben in €)

Produkt	07.01.02	Gesundheitshilfe
---------	-----------------	-------------------------

Ergebnisplan	Erträge	2019	2020	2021	2022
	¹ Ansatz der Maßnahme				
	² Neuer Ansatz				
	Differenz				
	Aufwände				
	¹ Ansatz der Maßnahme	15.000	15.000	15.000	15.000
	² Neuer Ansatz	7.500			
Differenz	-7.500				

Finanzplan	Einzahlungen				
	¹ Ansatz der Maßnahme				
	² Neuer Ansatz				
	Differenz				
	Auszahlungen				
	¹ Ansatz der Maßnahme	15.000	15.000	15.000	15.000
	² Neuer Ansatz	7.500			
Differenz	-7.500				

Ergebnisplan	<input checked="" type="checkbox"/> Haushaltsmittel stehen im Planjahr im EP zur Verfügung, davon <input checked="" type="checkbox"/> im Haushaltsplan (Zeile) <input type="checkbox"/> durch genehmigte üpl./apl. Mittel <input type="checkbox"/> durch Übertragung aus Vorjahr/en <input type="checkbox"/> durch Auflösung von Rückstellungen	<input type="checkbox"/> Haushaltsmittel stehen im Planjahr im EP nicht zur Verfügung Deckungsvorschlag <input type="checkbox"/> ja bei Produkt <input type="checkbox"/> teilweise bei Produkt in Höhe von <input type="checkbox"/> zu beantragende üpl./apl. Mittel bei Produkt in Höhe von <input type="checkbox"/> nein
--------------	---	--

Finanz- plan	<input checked="" type="checkbox"/> Haushaltsmittel stehen im Plan-jahr im FP zur Verfügung, davon <input type="checkbox"/> im Haushaltsplan (Zeile) <input type="checkbox"/> durch genehmigte üpl./apl. Mittel <input type="checkbox"/> durch Übertragung aus Vorjahr/en Haushaltsmittel wurden in der mittel- fristigen Finanzplanung <input checked="" type="checkbox"/> bereits berücksichtigt <input type="checkbox"/> noch nicht berücksichtigt und wer- den im nächsten Haushaltsplan veran- schlagt	<input type="checkbox"/> Haushaltsmittel stehen im Planjahr im FP nicht zur Verfügung Deckungsvorschlag <input type="checkbox"/> ja bei Produkt <input type="checkbox"/> teilweise bei Produkt in Höhe von <input type="checkbox"/> zu beantragende üpl./apl. Mittel bei Produkt in Höhe von <input type="checkbox"/> nein
-------------------------	--	---

Gesamtsumme (bei Investitionen):	
Nutzungsdauer in Jahren (bei Investitionen)	

Organisatorische Auswirkung / Personelle Auswirkung

Aufgrund der bisherigen Kontakte des Gesundheitsamtes zu den Schwangerschaftsbera-
 tungsstellen (Stichwort: Finanzierung der Beratungstätigkeiten) übernimmt das Gesundheits-
 amt die Koordinierungsaufgaben rund um den Verhütungsmittelfonds als zusätzliche freiwillige
 Aufgabe.

Anlage

Vereinbarungsentwurf